





1.6 Die Sendung in Gesellschaft und Politik

1.6.1 Der Auftrag der Laien: „Sauerteig in der Welt sein“

„Die Laien (...) verwirklichen in Kirche und Welt ihren eigenen Anteil an der Sendung des ganzen Volkes Gottes. (...) Da es aber dem Stand der Laien eigen ist, inmitten der Welt und der weltlichen Aufgaben zu leben, sind sie von Gott berufen, vom Geist Christi beseelt nach Art des Sauerteigs ihr Apostolat in der Welt auszuüben.“

(II. VATIKANISCHES KONZIL, LAIENDEKRET, NR. 2)

„Um die zeitliche Ordnung im Sinn des Dienstes des Menschen christlich zu inspirieren, können die Laien nicht darauf verzichten, sich in die Politik einzuschalten (...). Jeder einzelne hat das Recht und die Pflicht, sich an der Politik zu beteiligen (...). Die Anklagen des Arrivismus (Ehrgeiz), der Idolatrie (Vergötzung) der Macht, des Egoismus und der Korruption, die nicht selten gegen Regierungsleute, Abgeordnete der Parlamente, dominierende Klassen und politische Parteien erhoben werden, sowie die verbreitete Meinung, die Politik sei ein Bereich unbedingter moralischer Gefährdung, rechtfertigen auf keine Weise den Skeptizismus oder die Abwendung der Christen von den öffentlichen Angelegenheiten.“

(JOHANNES PAUL II., NACHSYNODALES APOSTOLISCHES SCHREIBEN CHRISTIFIDELES LAICI, NR. 42)

„Die unmittelbare Aufgabe, für eine gerechte Ordnung in der Gesellschaft zu wirken, kommt dagegen eigens den gläubigen Laien zu. Als Staatsbürger sind sie berufen, persönlich am öffentlichen Leben teilzunehmen. Sie können daher nicht darauf verzichten, sich einzuschalten, in die vielfältigen und verschiedenen Initiativen auf wirtschaftlicher, sozialer, gesetzgebender, verwaltungsmäßiger und kultureller Ebene, die der organischen und institutionellen Förderung des Gemeinwohls dienen.‘ Aufgabe der gläubigen Laien ist es also, das gesellschaftliche Leben in rechter Weise zu gestalten, indem sie dessen legitime Eigenständigkeit respektieren und mit den anderen Bürgern gemäß ihren jeweiligen Kompetenzen und in eigener Verantwortung zusammenarbeiten.“

(BENEDIKT XVI., DEUS CARITAS EST, NR. 29)

Ein Grundgedanke des Zweiten Vatikanischen Konzils ist die gemeinsame Sendung in die Welt. Dienst an Gott und Dienst am Menschen lassen sich nicht voneinander trennen. Glaube kann nicht in einen sakralen Sonderraum verbannt werden, denn Gott möchte zum Heil für alle Menschen werden. In einem zweiten Schritt spricht das Konzil davon, dass es im Rahmen der gemeinsamen Sendung besondere Dienste und Ämter in der Kirche gibt. Es beschreibt den besonderen Dienst des Bischofs und des Priesters und des Diakons.

Es umreißt die spezifische Aufgabe der Ordensleute. Und in diesem Zusammenhang spricht das Konzil auch vom besonderen Dienst der Laien. Er besteht darin, das berufliche, familiäre, gesellschaftliche und politische Umfeld so mitzugestalten, dass der Mensch gedeihen und sich entfalten kann. Deshalb beschreibt die Satzung als eine wesentliche Aufgabe von Pfarrgemeinderäten,

„Im Pfarrgemeinderat... verantworten Vertreterinnen und Vertreter einer oder mehrerer Pfarrgemeinden das christliche Engagement in Kommune, Staat und Gesellschaft.“

(PGR-SATZUNG § 1 ABS. 2)



gleichen Frage zu einem anderen Urteil kommen. Wenn dann die beiderseitigen Lösungen (...) von vielen andern sehr leicht als eindeutige Folgerungen aus der Botschaft des Evangeliums betrachtet werden, so müsste doch klar bleiben, dass in solchen Fällen niemand das Recht hat, die Autorität der Kirche ausschließlich für sich und seine eigene Meinung in Anspruch zu nehmen. Immer aber sollen sie in einem offenen Dialog sich gegenseitig zur Klärung der Frage zu helfen suchen; dabei sollen sie die gegenseitige Liebe bewahren und vor allem auf das Gemeinwohl bedacht sein.“

(II. VATIKANISCHES KONZIL, PASTORALKONSTITUTION, NR. 43)

AN-FRAGEN

- Welche politischen Themen und Fragen beschäftigen die Menschen in unseren Gemeinden?
- Wo und wie greifen wir im Pfarrgemeinderat gesellschaftspolitische Themen auf?

Den „offenen Dialog“ zu fördern und zur Klärung von gesellschaftspolitischen Fragen beizutragen, kann als eine der wichtigsten Aufgaben des Pfarrgemeinderates beschrieben werden. Voraussetzung dafür ist es, die verschiedenen Gruppen und Verbände im Seelsorgebereich wahrzunehmen und gegebenenfalls zu mobilisieren. Gemäß der Satzung besteht nämlich eine wesentliche Aufgabe des Pfarrgemeinderates auch darin, *„...festzustellen, an welchen Orten und in welchen Einrichtungen, Verbänden und Vereinigungen, Gruppen und Projekten im Seelsorgebereich sich kirchliches Leben ereignet. Er trägt dafür Sorge, dass diese in geeigneter Weise untereinander vernetzt und an der Arbeit des Pfarrgemeinderates sowie der Orts- und Sachausschüsse beteiligt werden.“*

(PGR-SATZUNG § 2 ABS. 6)

1.6.2 Der Pfarrgemeinderat vertritt und vernetzt

„Sehr wichtig ist besonders in einer pluralistischen Gesellschaft, dass man das Verhältnis zwischen der politischen Gemeinschaft und der Kirche richtig sieht, so dass zwischen dem, was die Christen als einzelne oder im Verbund im eigenen Namen als Staatsbürger, die von ihrem christlichen Gewissen geleitet werden, und dem, was sie im Namen der Kirche zusammen mit ihren Hirten tun, klar unterschieden wird.“

(II. VATIKANISCHES KONZIL, PASTORALKONSTITUTION, NR. 76)

Aufgabe der Laien ist es, im Lichte ihres *„dazu von vornherein richtig geschulten Gewissens (...) das Gebot Gottes im Leben der profanen Gesellschaft zur Geltung zu bringen. (...) Oftmals wird gerade eine christliche Schau der Dinge ihnen eine bestimmte Lösung in einer konkreten Situation nahe legen. Aber andere Christen werden vielleicht, wie es häufiger, und zwar legitim, der Fall ist, bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der*

Vor allem die Zusammenarbeit mit kirchlichen Verbänden bietet sich an, um sich in gesellschafts- und kommunalpolitische Themen aus christlicher Perspektive einzumischen. Der Pfarrgemeinderat hat die Verpflichtung und Verantwortung, diese Stimmen zu hören, ihre Erfahrungen zu nutzen und diese Gruppen zu Stellungnahmen ausdrücklich zu ermutigen! Dass Solidarität und soziale Gerechtigkeit für eine humane Gesellschaft unentbehrliche Fragen sind, kann dadurch verstärkt bewusst gemacht werden.

AN-FRAGEN

- *Welche Gruppen in unserem Seelsorgebereich sind gesellschaftspolitisch aktiv?*
- *Mit welchen Gruppen befinden wir uns im Austausch – wo könnte/sollte das Gespräch gesucht werden?*
- *Zu welchen Aufgaben im sozialen und politischen Bereich des Seelsorgebereiches wollen wir einen Beitrag leisten?*

1.6.3 Der politische Handlungsraum des PGR ist die Kommune

Der gesellschaftliche und politische Handlungsraum, in dem der Pfarrgemeinderat wirkt, ist die Kommune, also die politischen Gemeinden und Städte – oder in größeren Städten auch die Bezirksausschüsse. Kommunalpolitische Entscheidungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie real und greifbar die Lebensqualität der Bürger beeinflussen. In den Händen der Kommunen liegt die Frage des Wohnens, der Einkaufsmöglichkeiten, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Fahrradwege, der Kultur, der Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulangebote, der Angebote und Einrichtungen für Senioren.

Rolle des Pfarrgemeinderates kann sein:

Nicht nur kürzen, sparen, privatisieren: für ein solidarisches Zusammenleben eintreten

Sparen und Kürzen ist zur Zeit das Motto auf allen politischen und kirchlichen Ebenen. Eine Aufgabe für den Pfarrgemeinderat kann sein, Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen kritisch unter die Lupe zu nehmen. Auch kann an das gemeinschaftliche und genossenschaftliche Engagement erinnert werden. Dass weniger Geld da ist und die Kommunen Verantwortung aus der Hand geben (müssen), kann auch Anlass dafür sein, das bürgerschaftliche Engagement zu fördern.

An einem Strang ziehen: Kooperationen zwischen Kirche und Kommunen anpacken

Kommunalpolitik und Kirche stehen vor der gemeinsamen Herausforderung, in die Menschen zu investieren und Rahmenbedingungen für solidarische Netzwerke zu schaffen. In vielen Orten wird z.B. die kirchliche und kommunale Jugend- und Familienarbeit vernetzt. Auch daraus lässt sich ablesen, welche „Synergie-Effekte“ sich aus der Zusammenarbeit von Kirche und Kommune ergeben können. Es zeigt sich aber auch, dass es von geringem Nutzen ist, wenn in Pfarrgemeinden eine „Doppelstruktur“ aufgebaut wird. So ist es zum Beispiel nicht sinnvoll, einen Sachausschuss Umwelt und Bewahrung der Schöpfung aufzumachen, wenn es in der Kommune oder im Bezirk bereits solche kommunale Initiativen gibt. Sinnvoller ist es, dorthin Vertreter aus dem Pfarrgemeinderat oder ökologisch Interessierte der Pfarrei zu senden. So wird dazu beigetragen, Kräfte zu bündeln und in gesellschaftliche Gruppen christliche Positionen und Werte einzubringen.

Damit die Letzten nicht die Hunde beißen: Lobby für die Benachteiligten und Ausgegrenzten sein

Gemeinden und Städten fehlen mehr und mehr die finanziellen und personellen Ressourcen für eine kommunale „Integrationspolitik“. Dies trifft vor allem die Armen und Benachteiligten. Wo leben Menschen in unserem Seelsorgebereich, die „abzusacken“ drohen, die nicht mehr dazugehören, die frustriert oder wütend sind, die keine berufliche und private Wertschätzung erfahren, Menschen, die nicht beteiligt sind am gesellschaftlichen Leben? – Menschen aus der Anonymität holen; ihnen Anerkennung und Wertschätzung zuteil werden lassen – diese Aufgabe darf in den Kommunen und Pfarrgemeinden nicht aus dem Blick verloren werden.

Für eine bio-regional-fair handelnde Kommune.

Warum nicht die Initiative ergreifen?

Ausgehend vom Agenda 21-Prozess hat der Stadtrat Neuss schon frühzeitig beschlossen, den fairen Handel zu fördern. Es liegt ein Beschluss der Kommune vor, dass bei allen Sitzungen der Ausschüsse und des Rates sowie im Bürgermeisterbüro Fairtrade-Kaffee sowie ein weiteres Produkt aus Fairem Handel verwendet wird. Es wird die Entscheidung getroffen, als

Stadt/Gemeinde/Kreis den Titel „Fairtrade Stadt“ (bzw. Gemeinde/Kreis) anzustreben. In den lokalen Einzelhandelsgeschäften werden gesiegelte Produkte aus Fairem Handel angeboten und in Cafés und Restaurants werden Fairtrade-Produkte ausgeschenkt. In öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen und Kirchen werden Fairtrade-Produkte verwendet und es werden dort Bildungsaktivitäten zum Thema „Fairer Handel“ durchgeführt. Auch kauft die Stadt Neuss keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit. Dies betrifft vor allem Sportartikel, Bälle und Spielwaren für Kindergärten und Schulen, Wohn- und Bekleidungstextilien, aber auch Natursteine, wie z.B. Pflastersteine. Was in Neuss umgesetzt wird, müsste auch für andere Kommunen möglich sein. Warum nicht als Pfarrgemeinderat die Initiative ergreifen und sich bei Veranstaltungen, Festen etc. in der Kommune für Produkte aus fairem Handel einsetzen? Und warum dies nicht mit der Verpflichtung verbinden, Produkte mit bio-regionaler Herkunft zu nutzen?

1.6.4 Christliche Optionen für die Kommunalpolitik



1. Option für die Armen und Benachteiligten

Solidarität ist ein Grundpfeiler der katholischen Soziallehre. Damit ist die Forderung verbunden, denen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, die leichter als andere übersehen, isoliert, benachteiligt oder ausgegrenzt werden (z.B. Kinder und alte Menschen, Kranke und Behinderte, alleinerziehende Mütter und Väter, Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger/innen und Obdachlose, Aussiedler und Asylbewerber).

So kann der Pfarrgemeinderat z. B.

- öffentlich bewusst machen, dass viele Menschen in „versteckter Armut“ leben und öffentliche Hilfe nicht in Anspruch nehmen, obwohl sie dazu berechtigt wären;

- in Zusammenarbeit mit den Caritas-Zentren, aber auch im Kontakt und in Kooperation mit außerkirchlichen Initiativen und Projekten die sozialen und fachlichen Beratungsdienste, Hilfen und Einrichtungen für Pflegebedürftige, Obdachlose, Asylbewerber, psychisch Kranke, Suchtkranke und Drogenabhängige fördern;
- für die Begleitung von Ehrenamtlichen, die oft persönlich bedrückende Erfahrungen in den sozialen Diensten machen, Sorge tragen;
- für die Förderung der Schulsozialarbeit an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien eintreten;
- Kontakt mit den Sport-Vereinen aufnehmen und Gespräche über deren „Integrationsarbeit“ führen. Evtl. könnte angeregt werden, die Übungsleiter/innen von Sportvereinen durch „sozialpädagogische“ Schulungen zu begleiten und zu fördern.



2. Option für Familien

Der demografische Wandel trifft auch die Kommunen. Um so wichtiger wird es, für Familien förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen (z.B. durch bezahlbaren Wohnraum, ausreichende Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen, Verteilung und Gestaltung von Kinderspielplätzen). Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Familien sind durch Planungen und Umsetzungen in den Bereichen Wohnungsbau, Gemeinde- oder Stadtentwicklung, Schule, Sport, Kultur, Verkehr und Soziales betroffen. Gerade auch Pfarrgemeinden tragen durch Kindergärten, Eltern-Kind-Gruppen, Familiennetze usw. zur Verbesserung der Situation von Familien bei. Sich dieser Rolle bewusst zu sein und weitere Initiativen zu starten, ist wichtig.

So kann der Pfarrgemeinderat z. B.

- das im Seelsorgebereich ansässige Familienzentrum in den Blick nehmen, mit den Mitarbeiter/innen Kontakt aufnehmen und eruiieren, welche Möglichkeiten der Unterstützung gewünscht werden;



- eine Initiative zu sog. „Familiertischen“ starten und dazu Vertreter der Familienzentren, Familienverbände, Elternbeiräte, der Eltern-Kind-Gruppe und des Gemeinderates einladen.

Themen des Familiertisches könnten sein:

- Erfahrungsaustausch und Beurteilen der Situation: Was wird bereits für Familien getan?
- Analyse der Wohnsituation, Verkehrs- und Infrastruktur (Räume und Plätze), Ferien- und Freizeitangebot etc.
- Analyse der finanziellen Förderung und Ausstattung von Einrichtungen, Initiativen etc.
- Erörtern von Problemsituationen: Was fehlt bei uns? Wo drückt der Schuh?
- Öffentlichkeitsarbeit für Familien: z.B. Erstellung einer Publikation von Aktivitäten.



3. Option für eine humane Sterbe- und Bestattungskultur

Zur kommunalen Kulturpolitik zählen nicht nur die Angebote in Theatern und Museen sowie Freizeit und Sport. Die Lebens- und Werte-Kultur in einer Kommune zeigt sich auch darin, welche Sterbe- und Bestattungskultur herrscht.

So kann der PGR z. B. dafür eintreten, dass

- Krankenhausbesuchsdienste oder Sterbebegleiter/innen von Hospizvereinen Unterstützung und Anerkennung erhalten,
- in Krankenhäusern Palliativstationen eingerichtet werden,
- ein Runder Tisch mit Vertretern aus Kommune und Verantwortlichen der katholischen und evangelischen Kirchengemeinde zu Fragen der Friedhofgestaltung und des Bestattungswesens ins Leben gerufen wird,
- auf Friedhöfen Orte des Gedenkens an Opfer eingerichtet werden, an die niemand denkt bzw. die vergessen sind (u.a. für ungeborene Kinder, für Opfer von Katastrophen und Kriegen).



4. Option für eine Werte-Kultur

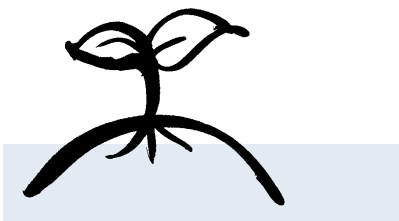
Die Lebens- und Wertekultur zeigt sich v. a. auch an der Kultur des Feierns. Hierzu gehört der Schutz des Sonntags. Es ist eine überaus bedenkliche Entwicklung, wenn Gemeinde- und Stadträte sehr schnell dem Begehren der örtlichen Handelsunternehmen nachgeben und die Öffnung von Geschäften an Sonn- und Feiertagen genehmigen, auch wenn offensichtlich ist, dass gezielt Märkte geschaffen werden, um verkaufsoffene Sonntage zu erreichen.

So kann der PGR z.B. dafür eintreten, dass

- bei der Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen restriktiver vorgegangen wird,
- örtliche und überörtliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie das Büchereiwesen auch nach dem Gesichtspunkt der wertorientierten Arbeit gefördert werden.

5. Option für die Schöpfung

Die nachhaltige Sorge um die Umwelt fordert dazu heraus, langfristige Handlungsperspektiven zu entwickeln und die Zusammenhänge von Ökologie, Wirtschaft und Sozialem in den Blick zu nehmen (Prinzip Nachhaltigkeit).



So kann der PGR z. B. dafür eintreten, dass

- bestehende Regionalvermarktungsinitiativen unterstützt und in Veranstaltungen der Pfarrei deren Dienstleistungen genutzt werden,
- die Ausweisung von neuen Baugebieten mit einem dezentralen Energieversorgungskonzept kombiniert wird, in dem die Nutzung der Solarenergie und nachwachsender Rohstoffe (z.B. Holz) sowie der Bau von Biogasanlagen und Blockheizkraftwerken Berücksichtigung finden,
- bei allen öffentlichen, auch kirchlichen Bauvorhaben umweltverträgliche und regionale Baustoffe verwendet werden,
- Anreize zur Nutzung des Regenwassers (z.B. für die Toilettenspülung) geschaffen und in öffentlichen und kirchlichen Gebäuden diese Techniken vorbildhaft genutzt werden,
- bei Flächennutzungsplänen eine flächensparende und bodenschonende Bauweise vorgegeben wird und auf eine sinnvolle Mischung von Wohnen, Einkaufen, Arbeiten und Regenerationsräumen geachtet wird.



6. Option für die Eine-Welt

Die gegenwärtige Situation der Menschheit ist in besonderer Weise die Stunde der Kirche, der die Katholizität, d.h. eine universale und weltweite Sendung und zugleich Verantwortung eingestiftet ist. Persönliche Begegnungen und Initiativen auf der lokalen Ebene von Pfarrgemeinden und Verbänden tragen zu einer weltkirchlichen Lerngemeinschaft bei.

So kann der Pfarrgemeinderat z.B. dafür eintreten, dass

- Partnerschaften mit Pfarreien und Organisationen des Südens sowie Ost- und Mitteleuropas aufgebaut werden,
- in lokalen Eine-Welt-Initiativen aktiv mitgearbeitet und eine entwicklungspolitische Perspektive in die Kommunalpolitik eingebracht wird,
- Kampagnen und Netzwerke, die zur Änderung von ungerechten Strukturen beitragen (Erlassjahr, Kinderarbeit, Landminen u.a.) aktiv unterstützt werden,
- der Faire Handel sowie ethische Geldanlagen unterstützt werden,
- eine ganzheitliche Bildungsarbeit angeboten wird, die für die Folgen unserer Konsum- und Produktionsweisen sensibilisiert und die Toleranz im Umgang mit fremden Kulturen in unserer eigenen Gesellschaft fördert.

[aus Gesprächsleitfaden „Christliches Menschenbild – Konsequenzen für die Kommunalpolitik“, Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum München]

ANREGUNGEN

Zu verschiedenen gesellschaftspolitischen Themen hält der Diözesanrat eine Reihe von Flyern und Broschüren bereit.

→ Adresse Seite 80